

aktuell



Werner Faymann & Sigmar Gabriel für Atom-Ausstieg:

Starke Partner in Europa

Jene, die aus der Geschichte nicht lernen können, sind dazu verdammt, sie zu wiederholen. Diese Weisheit des spanischen Philosophen George Santayana erhält durch den Super-GAU von Fukushima tragische Aktualität. Es scheint, als hätte die Welt nichts aus der Atomkatastrophe von Tschernobyl gelernt, die Atomenergie wurde weiterhin forciert und 25 Jahre später zeigen die tragischen Ereignisse von Japan erneut, dass Nuklearenergie nicht beherrschbar ist. Es ist fünf vor zwölf – die Wende muss jetzt passieren. Um künftigen Generationen eine Welt ohne Atomkraft zu ermöglichen, werden Bundeskanzler Werner Faymann und die SPD in einem gemeinsamen Schulterschluss mit der europäischen Bevölkerung für einen Atomausstieg Europas kämpfen.

In der letzten Ausgabe von SPÖ Aktuell wurden bedauerlicherweise im Artikel auf S. 10 die Quellenangaben vergessen. Die verwendeten Zitate stammen aus dem Buch von Maria Wirth „Christian Broda. Eine politische Biographie“.

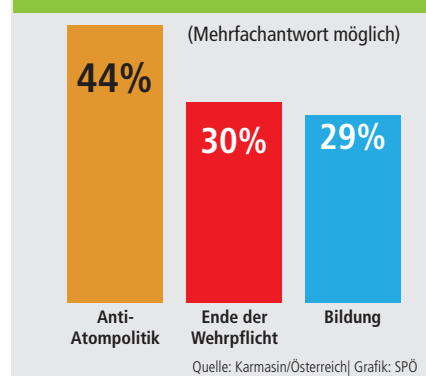
Eure Redaktion



Gastkommentar von SPÖ-Sportsprecher Hermann Krist zur Wichtigkeit des Schulsports und die Termine der Zukunftsdiskurse Seite 14
Net News Seite 15

THEMEN DER WOCHE

Wofür setzt sich die SPÖ aktuell ein?



SPÖ klar positioniert

Eine Karmasin-Umfrage zeigt, dass sich die SPÖ bei wichtigen politischen Fragestellungen klar positioniert hat. Auf die Frage, für welche Themen sich die SPÖ aktuell einsetzt, nannten 44 Prozent die Anti-Atompolitik, gefolgt vom Aus für die Wehrpflicht und dem Thema Bildung. ♦

SPÖ



Für PVÖ-Präsident Karl Blecha steht fest: Das faktische muss an das gesetzliche Pensionsantrittsalter herangeführt werden.

Pensionen sind sicher

Österreichs Pensionssystem ist sicher. Damit das auch in Zukunft so bleibt, braucht es Maßnahmen, die einen längeren Verbleib im Erwerbsleben ermöglichen. Für den Präsidenten des Pensionistenverbands Österreichs (PVÖ) Karl Blecha sind hier die Betriebe gefordert, altersadäquate Arbeitsplätze zu schaffen. ♦



Gesundheitsminister Stöger: Kinder sollen Nein zum Suchtmittelkonsum sagen.

Infokampagne zur Suchtprävention an Volksschulen

Gesundheitsminister Alois Stöger weist mit der Kampagne „echt cool“ junge Menschen auf die Gefahren von Zigaretten und Alkohol hin. Ziel dieser kindgerecht gestalteten Kampagne ist es, jungen Menschen zwischen sechs und zehn Jahren begreiflich zu machen, wie wichtig es ist, gesund zu leben. Der Gesundheitsminister lädt die Kinder ein, „Botschafter fürs gesunde Leben“ zu sein und durchaus auch Erwachsene, z.B. ihre Eltern, darauf hinzuweisen, wie ungesund das Rauchen ist. Zu diesem Zweck werden allen Volksschulen Turnsackerl – gefüllt mit einem Spiel, Armbändern und Pickerln – als Werbemittel zur Verfügung gestellt. Auch der Wiener Bildungs- und Jugendstadtrat Christian Oxonitsch begrüßt die Initiative des Gesundheitsministers, die auch der Unterstützung der Pädagogen dient. ♦

Zitat der Woche

„Die stärkste Waffe gegen Atomenergie ist die Stimme am Wahltag.“

Bundeskanzler Werner Faymann

Bankenabgabe nicht auf Kunden abwälzen

Banken dürfen ihre Entgelte nicht mehr automatisch an den Verbraucherpreisindex anpassen und die Bankenabgabe auf diesem Weg an ihre Kunden weitergeben.

Als „deutliches Warn-Signal an jene Banken, die meinen, die Bankenabgabe an ihre Kunden weitergeben zu können“, wertet SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas neue – noch nicht rechtskräftige Urteile von Handels- und Oberlandesgericht. Der Verein für Konsumenteninformation (VKI) hatte im Auftrag des Konsumentenschutzministeriums gegen die Klauseln in den Geschäftsbedingungen zweier Banken geklagt, wonach diese ihre Entgelte gemäß

dem Verbraucherpreisindex einseitig anpassen, also erhöhen können. „Das heißt, die Banken können auch auf diesem Weg nicht versuchen, die Bankenabgabe einfach auf die Kunden abzuwälzen und sich so um ihren gerechten Beitrag zur Konsolidierung herumzuschwindeln“, so Rudas. ♦

Die Konsumentenschützer, aber auch die Kartellbehörden, werden die Gebührenentwicklung bei den Banken weiterhin genau beobachten und gegebenenfalls Alarm schlagen.





STANDPUNKT

Politik: Besser als ihr Ruf, spannend für junge Menschen

Ernst Strasser, Karl-Heinz Grasser, Uwe Scheuch und Co. haben den Ruf der Politik für die nächsten Jahre ordentlich ramponiert, wenn nicht ruiniert.

Wer kennt nicht die Geschichten über korrupte Ärzte, die sich dafür bezahlen lassen, bestimmte Medikamente zu verschreiben? Wer hat nicht von einer Hilfsorganisation gelesen, in der die Spendengelder irgendwo versickerten, anstatt Leid zu lindern. Fälle von Korruption im Justizsystem oder bei einer Visa-Vergabe. Kurzum, es gibt sie in jedem Berufsstand: die schwarzen Schafe. In letzter Zeit sind besonders oft wir Politiker in der Rubrik schwarze Schafe aufgetaucht.

Das ist aus mehreren Gründen besonders bedauernswert, macht uns selbst wütend und zornig. Denn wir sitzen zu Unrecht in einem Boot mit den schamlosen Lobbyisten in eigener Sache wie Ernst Strasser, Karl-Heinz Grasser oder Uwe Scheuch, um nur die größten Übeltäter zu nennen. All diese Politiker haben gemeinsam, dass inzwischen nicht mehr über sie berichtet wird, ohne auf die Unschuldsvermutung hinzuweisen. Sie erwecken den Eindruck, Politik diene ausschließlich der persönlichen Bereicherung. Politikverdrossene sehen sich in ihrer Meinung bestätigt.

Für Menschen in politischen Funktionen gelten deshalb besonders hohe ethische und moralische Standards. Wir üben Ämter aus, in die wir gewählt wurden. Wählerinnen und Wähler schenken uns mit ihrer Stimme auch ihr Vertrauen. Persönliche Geschäfte zu machen oder für Konzerne zu lobbyieren bedeutet, dieses Vertrauen zu missbrauchen.

Die aktuellen Fälle Strasser, Grasser, Scheuch und Co. entspringen einer Zeit, in der viele Tabus gebrochen wurden. Nach dem Machtwechsel in Österreich im Jahr 2000 kam mit der FPÖ eine Partei an die Macht, die kaum Regierungserfahrung und viele junge Aufsteiger in ihren Reihen hatte.

Durch die Machtfülle der ÖVP in dieser Koalitionsform kamen auch dort viele in Funktionen, die dafür noch nicht oder gar nicht geeignet waren. Privatisierung aus Eigennutz und Postenschacher wurden zum normalen Tagesgeschäft. Das politische System Österreichs hat sich von diesen Jahren noch immer nicht ganz erholt.

Die aktuelle Debatte schadet jedoch allen Politikerinnen und Politikern, also auch jenen von SPÖ oder Grünen. Für mich hat sie noch eine wesentlich schädlichere Facette, die auch langfristig negative Folgen für Österreich hat: Wie sollen wir derzeit



Junge Menschen müssen für Politik begeistert werden. Die aktuellen Skandale machen das schwer.

junge Menschen für Politik begeistern? Wie sollen wir ihnen erklären, was für spannende Aufgaben sie in der Politik erwarten – etwa als Junggemeinderat mit Einsatz und Engagement für ein Jugendzentrum zu kämpfen, oder als Landtagsabgeordneter in zähen Verhandlungen ein dringend benötigtes Pflegeheim in der Heimatgemeinde durchzusetzen?

Nirgendwo ist zu lesen, wie spannend es sein kann, sich als junges Mitglied eines Ministerbüros oder als junge Mitarbeiterin im

„Auch wenn wir noch immer an den Nachwehen von Schwarz-Blau leiden, sollten wir nicht vergessen, dass Demokratie letztlich funktioniert: Das System Schlüssel mit seinen korrupten schwarzen Schafen wurde abgewählt.“

Kanzleramt europäisch zu vernetzen, um gemeinsam gegen die Interessen der Atomindustrie oder für neue Umweltstandards zu kämpfen. Man kann von sehr talentierten und disziplinierten Menschen lernen, diese Welt aktiv mitzugestalten und zu verändern – das bietet Politik und auch diese Chancen sollten angesprochen werden.

Es hilft nicht, das gegenwärtige Bild von Politik zu bejammern. Alle Fälle müssen restlos aufgeklärt, die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Es liegt an der jetzigen Generation der Politikerinnen und Politiker, das Image des Berufsstandes wieder zu heben, und zwar allein durch unsere Taten, nicht durch salbungsvolle Worte.

Auch wenn wir noch immer an den Nachwehen von Schwarz-Blau leiden, sollten wir nicht vergessen, dass Demokratie letztlich funktioniert: Das System Schlüssel mit seinen korrupten schwarzen Schafen wurde abgewählt. Die Bevölkerung hatte den „certain smell“ des Ernst Strasser längst gerochen und als ungerechtfertigten, persönlichen Lobbyismus enttarnt. ♦

Ich freue mich über Diskussionsbeiträge zum Thema auf

www.facebook.com/laurarudas.at



ENERGIEWENDE

Gemeinsam mit der Bevölkerung für den Atom-Ausstieg

Bundeskanzler Werner Faymann initiiert gemeinsam mit der SPD ein europaweites Volksbegehren für einen Atom-Ausstieg. Bei einem Arbeitstreffen mit der SPD-Spitze werden erste Vorbereitungen getroffen.



Die Katastrophe in Japan hat gezeigt, dass Atomkraft nicht beherrschbar ist. Gemeinsam mit der Bevölkerung kämpft Bundeskanzler Werner Faymann für ein Europa ohne Atomenergie.

HINTERGRUND

Die Europäische Bürgerinitiative (EBI)

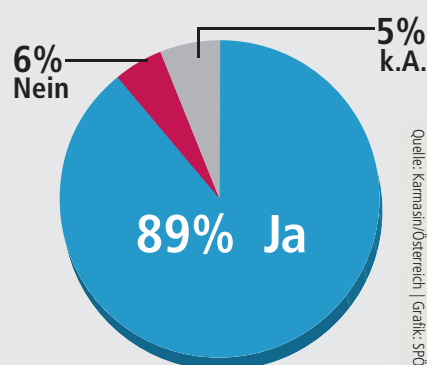
- ▶ Die EBI ist ab April 2012 möglich.
- ▶ Eine Million EU-Bürgerinnen und EU-Bürger aus mindestens sieben Ländern müssen sie unterstützen.
- ▶ Unterschriften können 12 Monate lang gesammelt werden – auch digital.
- ▶ Wird die EBI ausreichend unterstützt, muss die EU-Kommission innerhalb von drei Monaten Stellung nehmen.
- ▶ Dann findet eine Anhörung im EU-Parlament statt.

Demnächst wird Bundeskanzler Werner Faymann in Wien mit SPD-Chef Sigmar Gabriel und dem Vorsitzenden der sozialdemokratischen Fraktion im Europa-Parlament, Martin Schulz, in Wien zusammentreffen, um die Vorbereitungen für die gemeinsame europaweite Bürgerinitiative voranzutreiben. Innerhalb der europäischen Sozialdemokratie gibt es bereits eine Mehrheit für den Atom-Ausstieg und auch die geplante Bürgerinitiative stößt auf breite Zustimmung. Auch in der österreichischen Bevölkerung ist die Zustimmung sehr hoch, wie aktuelle Umfragen zeigen (siehe Grafik).

Die Bevölkerung mobilisieren

Wirft man einen Blick auf Europas Regierungen, bietet sich ein anderes Bild. Sie sind mehrheitlich gegen einen Atom-Ausstieg. Mit der Bürgerinitiative, die Bundes-

Begrüßen Sie Bundeskanzler Faymanns Vorstoß gegen Atomenergie?



kanzler Faymann über Parteigrenzen hinweg und gemeinsam mit NGOs starten will, soll Druck auf die Regierungen aufgebaut werden. Es geht darum, die Bevölkerung zu mobilisieren und die Atom-Lobby zurückdrängen.

Stresstests mit Biss

Das erklärte Ziel der SPÖ ist der europaweite Ausstieg aus der Atom-Energie. „Wirkliche Sicherheit gibt es bei Atomkraftwerken nicht. Das einzig Sichere ist das Risiko“, so Faymann. An die Stresstests, auf die man sich für alle 143 europäischen Atomkraftwerke geeinigt hat, stellt der Kanzler daher hohe Ansprüche. „Ich gehe davon aus, dass diese Überprüfungen nur dann Sinn machen, wenn sie von unabhängigen Leuten durchgeführt werden“, erklärte Faymann in einem Interview mit der Tageszeitung Österreich. Dass man sich beim vergangenen EU-Gipfel darauf verständigt hat, dass die EU-Kommission in die Beaufsichtigung und Auswertung der Tests einbezogen wird, begrüßt Faymann. Zu „Beschönigungsreporten“ dürfen die Tests jedenfalls nicht verkommen. Faymann fordert klare Konsequenzen: „Dort, wo es nicht genug Sicherheit gibt, muss nachgerüstet oder abgeschaltet werden.“ ♦

EUROPA

Schutzschirm für den Euro

Die Wirtschaftskrise und die Finanzprobleme mancher Euro-Länder haben die Gemeinschaftswährung unter Druck gebracht. Mit einem neuen Rettungsschirm soll der Euro dauerhaft stabil sein.

Die EU-Staats- und Regierungschefs haben sich beim Gipfel in Brüssel auf einen neuen Rettungsschirm für den Euro geeinigt. „Herzstück“ ist der neue, dauerhafte „Stabilitätsmechanismus“ ESM (s. Info-Kasten), der in Finanznöte geratenen Euro-Ländern mit Krediten und Haftungen helfen soll.

Für Bundeskanzler Werner Faymann eine notwendige Entscheidung, denn schon durch den bisherigen Rettungsschirm wurden in der Wirtschaftskrise „Kettenreaktionen aufgefangen, die die Wirtschaft, die Arbeitsmärkte zerstören, die Massen von Arbeitslosen bringen“. Dieser Krisenfonds soll dauerhaft existieren, „weil wir uns nicht darauf verlassen können, dass jedes Land in dieser gemeinsamen Währung dauerhaft die Probleme alleine lösen kann“. Auswirkungen auf das österreichische Budget ergeben sich nur im äußersten Krisenfall eines Staates.

Kein Eingriff in Lohn- und Pensionspolitik

Bundeskanzler Faymann hat sich in der EU auch mit seiner Position durchgesetzt, dass



HB/Wenzel

Für Bundeskanzler Werner Faymann steht fest: Der Euro-Schutzschirm ist wichtig für Krisenbewältigung und Stabilität.

beim „Pakt für den Euro“, der gemeinsame Ziele bei Finanz- und Sozialpolitik definiert, nicht in österreichische Kompetenzen eingegriffen wird.

Der neue, dauerhafte Euro-Rettungsschirm muss in Österreich mit Zwei-Drittel-Mehrheit beschlossen werden. Eine Volksabstimmung wie über eine grundlegende Änderung der EU-Verträge ist nicht notwendig. ♦

INFO

Die vier Beschlüsse des EU-Gipfels:

1. Der derzeitige Rettungsschirm (EFSF)

Der Fonds, der im Notfall Kredite an hoch verschuldete Euro-Länder vergibt, läuft bis 2013 und wird nun aufgestockt.

2. Der permanente Krisenfonds (ESM)

Ab 2013 wird es einen permanenten Rettungsschirm für die gemeinsame Währung geben, der den EFSF ablöst. Insgesamt ist er mit 700 Mrd. Euro dotiert; die 17 Euro-Länder zahlen 80 Mrd. Euro bar ein, 620 Mrd. sind Garantien.

3. Verschärfter Stabilitätspakt

Notorische Schuldenmacher unter den Euro-Ländern müssen künftig mit schärferen Sanktionen rechnen.

4. „Pakt für den Euro“

Die 17 Euro-Länder wollen sich freiwillig in der Sozial-, Budget- und Steuerpolitik enger abstimmen. Die Euro-Zone soll so wettbewerbsfähiger werden. Auch sechs Nicht-Euro-Länder der EU nehmen teil. Jährlich werden gemeinsame Ziele vereinbart, die Umsetzung ist Sache der Nationalstaaten.

LIBYEN

Zivilbevölkerung schützen

Vor dem EU-Gipfel der Staats- und Regierungschefs in Brüssel erklärte Bundeskanzler Werner Faymann, dass Österreich als neutrales Land in Bezug auf Libyen eine andere Rolle spielt als NATO-Mitgliedstaaten.

Wir sind neutral. Also werden wir nicht dieselbe Rolle in einem Konflikt spielen, wie etwa jemand, der NATO-Mitglied ist“, so der Bundeskanzler. Wenn Österreich am internationalen Einsatz in Libyen teilnimmt, dann humanitär, sagte Faymann. Für eine eventuelle Beteiligung im Rahmen der EU-Battlegroups seien ein UNO-Mandat, ein Beschluss der EU sowie die Einzelfall-Entscheidung Voraussetzung. Mit einer Flug-

verbotszone ist es laut Faymann nicht getan, man müsse auch die Folgefragen stellen. Die EU verschärfte bereits mehrfach die wirtschaftlichen Sanktionen gegen das Gaddafi-Regime, der EU-Gipfel droht in einer Erklärung jetzt auch mit weiteren Sanktionen. In der Frage des militärischen Vorgehens gibt es aber keine einheitliche Linie. Wesentlich sei, dass im Fall von Flüchtlingsströmen eine Solidarität der EU-Länder gegeben sei, so Faymann. ♦

picturedesk



Der EU-Gipfel hat bei der Debatte zum Bürgerkrieg in Libyen den Schutz der Zivilbevölkerung in den Vordergrund gestellt.

GESUNDHEIT

Mehr Sicherheit durch e-Medikation

Bei der e-Medikation werden verordnete und rezeptfrei gekaufte Medikamente elektronisch erfasst – mit dem Ziel, die Qualität von Medikationen erheblich zu verbessern. Im April starten Pilotprojekte, um die e-Medikation dem Praxistest zu unterziehen.

Über die e-Card sieht der Arzt oder Apotheker auf seinem Bildschirm, welche Medikamente ein Patient schon einnimmt und wird sofort auf Wirkstoffe, die sich nicht vertragen, aufmerksam gemacht. Neben den Wechselwirkungen werden auch Doppelverordnungen angezeigt. Zugriff haben nur Ärzte und Apotheker. „Der Schutz dieser sensiblen Gesundheitsdaten wird auf höchstem Ni-

AUF EINEN BLICK

- » Sowohl verschriebene als auch verkaufte Medikamente werden gespeichert.
- » Ärzte und Apotheker sehen diese Medikamente über die e-Card.
- » Unerwünschte Wechselwirkungen oder doppelt verordnete Wirkstoffe werden sofort angezeigt.
- » Behandlungsqualität wird verbessert.
- » Die Teilnahme ist freiwillig.
- » Alle Informationen zur e-Medikation unter www.chipkarte.at/e-medikation



Bilderbox

Gefährliche Wechselwirkungen von Medikamenten sind bald Geschichte. Passen Arzneien nicht zusammen, wird der Arzt sofort darauf aufmerksam gemacht.

veau gewährleistet“, unterstreicht Gesundheitsminister Alois Stöger. Angesprochen wird mit der e-Medikation jeder Mensch, der Medikamente einnimmt, insbesondere chronisch kranke oder ältere Patienten sollen das Service nutzen. Das Pilotprojekt zur e-Medikation startet im April in drei Regionen in Oberösterreich, Tirol und Wien.

Die Projekte werden laufend evaluiert, sodass die e-Medikation – voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte 2012 – österreichweit eingesetzt werden kann. „Durch die Umsetzung dieses ersten Teilprojekts der Elektronischen Gesundheitsakte ELGA wird Österreich in Sachen e-health zum Vorreiter in der EU“, so Stöger. ♦

BILDUNG

Schule: Der Reformmotor brummt

Es tut sich viel im „Jahr der Bildung“. Erst vor kurzem hat Bildungsministerin Claudia Schmied ein umfassendes Neun-Punkte-Reformpaket präsentiert, das für mehr Bildung und bessere Qualität sorgen wird („SPÖ Aktuell“ berichtete bereits).

In einem gemeinsamen Pressegespräch mit ÖVP-Bildungssprecher Amon betonte Schmied, dass das Reformpaket auf intensiven Gesprächen und vor allem auf einer „breiten Übereinkunft“ beruht. Herzstück des Pakets ist der Ausbau der Neuen Mittelschule und der Ganztagschulen. Diese zentralen Punkte „sind im Budgetpfad enthalten. Der Bund wird alle bestehenden Verpflichtungen erfüllen“, so Schmied. Auch alle anderen Reformvorhaben (z.B. Kurssystem an der Oberstufe) sind voll auf Schiene: Bis zum Sommer sol-

len die Reformvorhaben auf Regierungsebene abgeschlossen sein.

Mit – wie Bildungsministerin Schmied sagt – „Mut und Entschlossenheit zur Gleichzeitigkeit – geht es auch bei einem anderen gemeinsamen Regierungsprojekt weiter. Bereits nächste Woche starten nach intensiven Vorarbeiten die Verhandlungen mit der Gewerkschaft in Sachen neues Dienst- und Besoldungsrecht. Wichtig dabei: Das neue Dienstrecht betrifft neueintretende Lehrerinnen und Lehrer, in bestehendes Dienst- und Besoldungsrecht wird

nicht eingegriffen. Ziel ist ein neues, attraktives und leistungsorientiertes Dienstrecht. Eckpunkte dabei sind eine moderne Arbeitszeitregelung und eine Entlohnung nach dem Prinzip „Leistung muss sich lohnen“. ♦

WEBTIPP

Alle Details zum Reformpaket samt Umsetzungsfahrplan gibt es unter: <http://bit.ly/hol14y>

SKANDALE

ÖVP im schwarzen Loch

Die Polit-Affären um Ernst Strasser und Hella Ranner sind ein Desaster für die ÖVP. Die SPÖ fordert nun strengste Anti-Korruptionsregeln.



„Die ÖVP versinkt im Korruptions-Sumpf. Das Mitleid der Wähler hält sich in Grenzen. Die Partei hat unter Schüssel die Republik als Selbstbedienungsladen betrachtet.“

Wolfgang Fellner, „Österreich“, 30.3.2011

Schwarze Tage für die ÖVP“ titelte der „Kurier“ dieser Tage. Dass sogar die Raiffeisen-Zeitung die Korruptions-Affären um die EU-Abgeordneten Ernst Strasser und Hella Ranner auf die Titelseite heben musste, zeigt, wie tief die Krise der ÖVP ist. Und wie sehr der rekonvaleszente VP-Obmann Josef Pröll auch innerparteilich unter Druck ist.

litnahen Akteuren, die unter Verdacht von Schmiergeldannahme, Amtsmissbrauch, persönlicher Vorteilmahme stehen.

Das schwarz-blaue Who is Who

Die Liste jener Personen, die in Lobby- und Korruptions-Machenschaften verstrickt sind, gegen die Ermittlungen und Verfah-

Mensdorff-Pouilly, eng verbandelt mit zahlreichen ÖVP-Politikern, ist wegen Korruptionsvorwürfen schwer belastet. Uwe Scheuch, Kärntner FPK-Chef und Jörg Haider-Intimus, soll eine Millionen-Partei-spende für Reisepässe versprochen haben. Und nicht zuletzt sind Walter Meischberger und der Lobbyist Peter Hochegger im Zentrum von Ermittlungen wegen Schmiergeldern und Schwarzgeld.

SPÖ will strenge Anti-Korruptionsregeln

Die SPÖ verlangt nun scharfe Konsequenzen. Für österreichische Abgeordnete soll es strengere Antikorruptionsregeln und härtere Strafen geben, Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter und SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim fordern dazu eine eigene Parlaments-Enquete. Und EU-Abgeordnete sollen überhaupt keinen anderen Beruf ausüben dürfen. Vorbildhaft sind hier die SPÖ-Europaparlamentarier: Sie haben selbst auferlegte Standards beschlossen, u.a. dass neben der Tätigkeit im EU-Parlament keine entgeltliche Aktivität ausgeübt werden darf. ♦



„Die ÖVP steht vor einem Scherbenhaufen: Ihr ehemaliger Innenminister Ernst Strasser, seinerzeit gefürchtet als Law-and-Order-Mann, ist heute selbst Gegenstand von Ermittlungen der Korruptionsstaatsanwaltschaft.“

Walter Müller, „Der Standard“, 30.3.2011

Auch wenn Strasser und ebenso seine VP-Kollegin Ranner (sie wollte die EU-Spesenpauschale zur Zahlung privater Schulden verwenden) nun zurücktreten mussten – der Schaden bleibt.

Ernst Strassers Fall empört so besonders, weil die versuchte Korruption durch die verdeckten Videoaufnahmen der englischen Journalisten drastisch vor Augen geführt wurde – er ist aber nur der letzte in einer Reihe von (Ex-)Politikern und po-

ren laufen, liest sich wie ein Who is Who der schwarz-blauen Koalition: Ernst Strasser, Innenminister unter Wolfgang Schüssel, musste seine Karriere beenden, weil er für Geld Gesetze in die gewünschte Richtung beeinflussen wollte. Gegen Schüssels Finanzminister Karl-Heinz Grasser, der seine Freunde an Privatisierungs-Deals mitverdienen haben lassen soll, ermittelt die Staatsanwaltschaft seit Monaten. Der burgenländische Rüstungslobbyist Alfons

INFO

Warum unterstützt Molterer die VOEST nicht gratis?

„Der VOEST-Konzern ist in Sachen Bemühungen um Umweltschutz ein Vorzeigeunternehmen in Europa“, betont Oberösterreichs SP-Landesgeschäftsführer Christian Horner. Auch im Sinne des Erhalts von Arbeitsplätzen in der VOEST ist daher eine entschlossene Unterstützung in Europa wichtig. Umso verwunderlicher, dass die VOEST den oberösterreichischen VP-Nationalrat und Ex-Vizekanzler Wilhelm Molterer für Lobbying in der EU teuer bezahlen muss. Diese Unterstützung müsste für den Ex-Finanzminister eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. „Warum macht Molterer als aktiver Nationalratsabgeordneter das nicht ohne sattes Honorar?“, fragt Horner und fordert die Offenlegung des Beratervertrages.

FAMILIE

Remler muss sich Herausforderungen stellen

Vom Ausbau der Kinderbetreuungsplätze bis zum einheitlichen Jugendschutz: Die SPÖ fordert VP-Staatssekretärin Remler auf, sich den Herausforderungen im Familienbereich zu stellen, um endlich etwas weiterzubringen.



Die SPÖ fordert die baldige Fortsetzung der Anstoßfinanzierung für den Ausbau der Kinderbetreuungsplätze.

In der Familienpolitik gibt es eine ganze Reihe „zentraler Herausforderungen“, die „nun dringend angegangen

werden müssen“, betonte SPÖ-Familiensprecherin Gabriele Binder-Maier im Familienausschuss im Parlament. Die „To-Do-Liste“ ist lang: „Der Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen, die Bildungsarbeit für unter 6-Jährige, die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie – das sind nur einige Beispiele, die schon seit längerem der Umsetzung harren“, so Binder-Maier, die der neuen Staats-

sekretärin gleichzeitig ihre Unterstützung anbot. Besonders pocht die SPÖ-Familiensprecherin darauf, dass die Anstoßfin-

anzierung für den Ausbau der Kinderbetreuungsplätze bald fortgesetzt wird. „Ein umfangreiches Betreuungsnetz ist Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und für einen schnellen Wiedereinstieg nach der Karenz von Frauen und Männern“, so Binder-Maier.

Konkreter Fahrplan gefordert

SPÖ-Kinder- und Jugendsprecherin Angela Lueger forderte im Familienausschuss, dass die Vereinheitlichung des Jugendschutzes – eine jahrelange Forderung der SPÖ und erklärtes Ziel der Bundesregierung – nun forciert wird. „Wir möchten dazu einen konkreten Fahrplan und die inhaltlichen Eckpfeiler zu den Plänen von Familienstaatssekretärin Remler“, so Lueger. ♦

LANDWIRTSCHAFT

Bundesanstalt für Weinbau in Eisenstadt soll bleiben

Der burgenländische Nationalratsabgeordnete Erwin Preiner macht sich für den Erhalt der Eisenstädter Bundesanstalt für Weinbau stark und bringt dazu eine parlamentarische Anfrage ein.

Bei der Belegschaft der Bundesanstalt für Weinbau in Eisenstadt herrscht Verunsicherung, da Gerüchte kursieren, dass diese mit der Bundeskellereiinspektion zusammengelegt werden soll. Der SPÖ-Abgeordnete

Erwin Preiner nimmt Landwirtschaftsminister Berlakovich in die Pflicht: „Ich fordere vom Landwirtschaftsminister eine Informationsoffensive, um für die Bundesanstalt und deren Mitarbeiter wieder Sicherheit hinsichtlich ihrer Zukunft herzustellen.“ Auch betont Preiner die wirtschaftliche Bedeutung der Bundesanstalt für die Weinwirtschaft im Burgenland.

inspektion geplant ist und welcher Nutzen daraus erzielt werden soll. ♦

ZUR PERSON

Erwin Preiner

Der ehemalige Präsident des Bundesrates ist seit Juni 2010 Abgeordneter zum Nationalrat und unter anderem Mitglied im Ausschuss für Konsumentenschutz.

Preiner ist von Beruf Hauptschullehrer.

Anfrage an Berlakovich

Konkret will Preiner in einer parlamentarischen Anfrage vom Landwirtschaftsminister wissen, ob tatsächlich eine Zusammenlegung des Eisenstädter Bundesamtes für Weinbau mit der Bundeskellerei-



Die Bundesanstalt für Weinbau ist für das Burgenland als Weinstandort ein entscheidender Faktor.



KONSUMENTENSCHUTZ

Schluss mit der Telefonkeilerei

Am Telefon abgeschlossene Verträge werden künftig ungültig sein und die Strafen für unseriöse Werbeanrufe empfindlich erhöht. Damit wird der aggressiven Geschäftemacherei der Telefonkeiler ein Riegel vorgeschoben.

Viele Österreicherinnen und Österreicher fühlen sich durch anonyme Werbeanrufe belästigt – in den Konsumentenberatungsstellen gehen regelmäßig Beschwerden über unerbetene und aggressive Telefonkeiler ein. Die im Nationalrat beschlossene Novelle des Telekommunikationsgesetzes (TKG) schiebt Telefonkeilern durch höhere Strafen einen Riegel vor und sorgt damit für einen besseren Konsumentenschutz in Österreich. Im Zuge von Cold Calling abgeschlossene Verträge werden für nichtig erklärt und auch Telefonanrufe mit unterdrückter oder verfälschter Rufnummer sollen künftig nicht mehr möglich sein.

Fotolia



Mehr Schutz für die Konsumenten: Der Nationalrat hat ein Maßnahmenpaket gegen unerwünschte Werbeanrufe beschlossen.

Höhere Strafen schrecken ab – mehr Schutz für Konsumenten

Bei Missachtung des Gesetzes sind emp-

findliche Geldstrafen vorgesehen – diese wurden von 37.000 auf 58.000 Euro stark er-

höht. Auch SPÖ-Konsumentenschutzsprecher Johann Maier betonte: „Bei einem Anruf mit Rufnummernunterdrückung kann nicht unterschieden werden, ob es sich um einen Mehrwertdienst oder den Anruf einer öffentlichen Behörde handelt. Daher ist es notwendig, dass die Strafbestimmungen entsprechend erhöht werden.“

Warnung vor überhöhten Handy-Kosten

Damit die Konsumenten künftig über ihren aktuellen Rechnungsstand informiert werden und böse Überraschungen am Monatsende der Vergangenheit angehören, hat Bundesministerin Bures eine weitere Novelle zum Telekommunikationsgesetz in Begutachtung geschickt, die Handybetreiber verpflichten soll, ihre Kunden über laufende Kosten zu informieren. ♦

JUSTIZ

Rehabilitierung der Opfer des Austrofaschismus

Nach langen Diskussionen ist ein Durchbruch in der von der SPÖ geforderten Rehabilitierung der Opfer des Dollfuß-Regimes gelungen.

Mit großer Unterstützung durch Bundeskanzler Werner Faymann ist es Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und Staatssekretär Josef Ostermayer gelungen, eine Einigung mit dem Koalitionspartner zu erzielen. Das Justizministerium wird einen Gesetzentwurf erarbeiten, der zur Rehabilitierung all jener Menschen dienen soll, die in der Periode 1933-1938 aufgrund ihrer demokratischen Gesinnung Repressionen zu erleiden hatten. Der Gesetzentwurf soll noch vor der Sommerpause den Nationalrat passieren. ♦



Es gilt jetzt die Namen der Opfer des Austrofaschismus festzustellen und sie zu rehabilitieren.

FRAUEN

Gemeinsam sind wir stark

Auf Initiative von SPÖ-Frauensprecherin Gisela Wurm trafen sich die Frauensprecherinnen der Landtage zum Austausch über aktuelle und zukünftige Projekte.

Neuhofen an der Ybbs war vergangene Woche der Schauplatz geballter politischer Frauenpower. Bereits zum 5. Mal fand ein Vernetzungstreffen der Frauensprecherinnen der Landtage statt. „Die Vernetzung zwischen Frauenpolitikerinnen auf Bundes-, Landes-, aber auch Kommunalebene ist wichtig, um sich auszutauschen und unsere Forderungen wie den Papamonat und geschlechtergerechte Budgets voranzutreiben. Denn nur gemeinsam sind wir stark“, betonte Frauen- und Gleichbehandlungssprecherin Wurm. ♦

Im Bild: T. Dobart (Renner Institut) NR-Abg. G. Wurm, BM G. Heinisch-Hosek, M. Juch (Parlamentsklub) und Bundesfrauen-GF A. Mautz mit den Frauensprecherinnen der Landtage.



SPÖ Klub

Gut für ganze Generationen

Die Bildungspolitik der Ära Kreisky hat Österreich moderner und fairer gemacht. Bis heute gelten die bildungspolitischen Reformen der Kreisky-Ära als Meilensteine, von denen Generationen profitiert haben.

„Er hat die Türen und Tore der Schulen und Universitäten weit geöffnet.“

Bundeskanzler Werner Faymann über den Bildungsreformer Bruno Kreisky

Es war damals nicht unbedingt vorgesehen, dass einer wie ich studiert. Aber plötzlich standen die Tore der Universität auch für einen wie mich offen. Und ich wurde der erste Akademiker meiner Familie.“ So charakterisiert der renommierte österreichische Schriftsteller und Essayist Robert Menasse die Bildungspolitik unter Kreisky, die unzähligen Menschen den Weg zu mehr und besserer Bildung geöffnet hat. Alle Reformmaßnahmen, die Bruno Kreisky zusammen mit Unterrichtsminister Fred Sinowatz und Wissenschaftsministerin Hertha Firnberg im Schul- und Universitätsbereich durchgeführt hat, dienten einem großen Ziel: Chancengerechtigkeit für möglichst alle Menschen herzustellen – und das unabhängig von Herkunft oder Einkommen.

Bildungschancen deutlich verbessert

Es ging vor allem darum, die Bildungschancen deutlich zu verbessern und das gesellschaftliche Bildungsniveau anzuheben. „Gelungen ist dies durch eine Vielzahl an bildungspolitischen Maßnahmen, die zum Aufbrechen der damaligen starren und verkrusteten Bildungsgesellschaft führten“, erinnert Bildungsministerin Claudia Schmied an die vielen Reformen, mit denen Kreisky für einen enormen Bildungs- und Modernisierungsschub gesorgt hat. Dazu zählen die Einführung der Schülerfreifahrt (1971) und die Abschaffung der Aufnahmeprüfung für die Allgemeinbildenden Höheren Schulen (1971) genauso wie die Gratisschulbücher (1972) und die Einführung einer Schüler- und Heimbeihilfe. Während diese Maßnahmen einen freien und gerechten Zugang zur Schulbildung für alle ermöglichten, sorgte ein großes Schulbauprogramm ganz konkret für



Österreich moderner machen, das war erklärtes Ziel der SPÖ unter Bruno Kreisky. Gelungen ist das durch zahlreiche Bildungsreformen, die für freien und chancengerechten Bildungszugang gesorgt haben.

mehr Bildung, sprich mehr Schulen in ganz Österreich. Durch dieses umfassende Schulbauprogramm wurden zwischen 1971 und 1980 mehr Schulen als in den 70 Jahren davor errichtet. Mit all diesen weitsichtigen Reformen „ist es innerhalb kürzester Zeit gelungen, die Bildungskrise, die bestanden hat, weitgehend zu überwinden“, wie Hermann Schnell konstatiert, der von 1971 bis 1983 Nationalratsabgeordneter und Schulsprecher der SPÖ war.

Unis für alle geöffnet

Frischen Wind brachte die Ära Kreisky auch in die Universitätspolitik. Oberstes Ziel war auch hier mehr Chancengerechtigkeit. Ein Riesenschritt dazu wurde 1972 mit der Abschaffung der so genannten Hochschultaxen getan. Damit ermöglichte die SPÖ allen Studierenden den gebührenfreien Zugang zu den Unis. Ebenfalls in die Amtszeit von Wissenschaftsministerin Hertha Firnberg fiel die Einführung eines modernen und demokratischen Universitätsgesetzes (1975). Die Unis bekommen mehr Autonomie, die Mitbestimmung von Studierenden und Lehrenden wird eingeführt. Zusätzlich

werden in Linz und Klagenfurt Hochschulen gebaut. Neu errichtete Studierendenwohnheime sorgen für leistbares Wohnen am Studienort. Vom Bildungsschub im universitären Bereich profitierten vor allem die Frauen – das war auch ein erklärtes Ziel von Wissenschaftsministerin Firnberg, die gleichzeitig Bundesfrauenvorsitzende der SPÖ war. Hilde Hawlicek, ehemalige Unterrichtsministerin und Wegbegleiterin Bruno Kreiskys, beschreibt diesen Erfolg so: Während 1970 nur ein Viertel der Studierenden weiblich gewesen sei, „haben wir jetzt mehr weibliche als männliche Universitätsabsolventen“.

„Der Tüchtige braucht eine Gasse“, meinte der Autor Robert Menasse in einer Rede auf Bruno Kreisky, die nicht umsonst den Titel „Was ich dem Alten schuldig bin“ trug. Denn Bruno Kreisky hat in der Bildungspolitik nicht nur Gassen geöffnet, sondern – wenn man so will – ganze Autobahnen. ♦

IM NÄCHSTEN HEFT

Kreisky und die Künstler

Sprachforschung

Alltagssprache Österreichs

Robert Sedlaczek schuf ein unterhaltsames Nachschlagewerk mit über 2.500 typisch österreichischen Wörtern und Redewendungen.

Der Journalist, Publizist und Autor von Büchern wie „Kleines Handbuch der bedrohten Wörter Österreichs“ begab sich erneut auf die Suche nach „Sprachzuckerln“ des Österreich-Deutschen. Dabei stieß Robert Sedlaczek auf über 2.500 Wörter und Wendungen, die nicht nur bei „Zuagroasten“ für Überraschung und Unterhaltung sorgen werden. Wer schon immer wissen wollte, woher die Formulierung „jemanden buckelkraxen tragen“ kommt, auf welchen Wortursprung „Strizzi“, „Netsch“ und „hi-

nig“ zurückgehen oder in welcher Zeit Ausdrücke wie „Kramadanzen“ oder „Nudelaug“ entstanden sind, dem sei dieses Buch wärmstens empfohlen. Ergänzt und aufgelockert mit u.a. Beispielen aus Kabarettprogrammen, Schlagertexten und sogar Reden von Politikern ist dieses etwas andere Wörterbuch ein ebenso unterhaltsames wie informatives Nachschlagewerk für alle, die in die lebendige und einzigartige Alltagssprache Österreichs eintauchen wollen. ◆

Roman

Zum Theater!

„Ebenso klug wie anmutig“ – mit diesen Worten wurde der Roman „Zum Theater“ bei seinem erstmaligen Erscheinen 1935 von der Kritik gefeiert.

„Zum Theater!“, das ist nach „Alles ist Jazz“ der zweite Roman der 1904 geborenen Wiener Autorin Lili Grün. In diesem Buch erzählt die jüdische Schriftstellerin die Geschichte der jungen Schauspielerin Loni Holl. Mit einem Engagement in der Provinz eröffnet sich Loni endlich die Chance auf das lang ersehnte Debüt. Angekommen in der Kleinstadt, findet sich Loni zwischen Probe, Auftritt und einem aufreibenden Privatleben wieder. Sie muss Rol-

len lernen, das Zimmer will bezahlt und der Hunger gestillt werden. Dass sich die junge Schauspielerin ausgerechnet in den hitzigen Regisseur verliebt, dessen Ex die umschwärmte Diva des Provinztheaters ist, sorgt für weitere Turbulenzen. Im Nachwort beleuchtet Anke Heimberg die Biographie Lili Grüns, die als jüdische Autorin 1938 keine Publikationsmöglichkeit mehr hatte und 1942 nach ihrer Deportation aus Wien ermordet wurde. ◆

Wissen

Wie funktioniert Wirtschaft?

Dieses Buch versteht sich als leicht lesbare Einführung zum Verständnis ökonomischer Prozesse im Zeitalter der Globalisierung und soll dazu dienen, auch die aktuellen Krisenerscheinungen besser zu verstehen.

Wer koordiniert die Wirtschaft? Seit wann gibt es Wirtschaftswachstum? Wodurch wird ein Wechselkurs bestimmt? In „Wie funktioniert Wirtschaft“ beantworten Volkswirtschaftler Pirim Fessler und Mittelschullehrer Stefan Hinsch weit- und enger gefasste Fragen rund um das globale Wirtschaftsgeschehen und vermitteln dem Leser auf diese Weise leicht verständliches Basiswissen. Den Autoren

geht es aber nicht nur darum, eine Zusammenfassung ökonomischen Wissens zu geben, sondern auch die Befähigung, gängige Denkmuster und den wirtschaftlichen Mainstream kritisch zu hinterfragen.

So liefert das Buch viele Argumente, mit denen der Leser trivialen Stehsätzen der herrschenden Wirtschaftsordnung begegnen kann. ◆

☐ Stk.


Robert Sedlaczek:
Wörterbuch der Alltagssprache Österreichs.
Haymon Verlag, Innsbruck-Wien 2011; 336 S., 12,95 €

☐ Stk.


Lili Grün:
Zum Theater!
Aviva Verlag, Berlin 2011; 216 S., 18,50 €

☐ Stk.


Pirim Fessler/Stefan Hinsch:
Wie funktioniert Wirtschaft?
Eine kritische Einführung.
Promedia Verlag, Wien 2011; 220 S., 15,90 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der **Buchhandlung Löwelstraße**

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



STEIERMARK

Koralmtunnel: Startschuss für größten Bauabschnitt gefallen



In Deutschlandsberg erfolgte der Spatenstich für den 20 km langen Hauptabschnitt des Koralmtunnels, der als Teil der neuen Südstrecke Ostsee und Adria in Hochgeschwindigkeit miteinander verbinden wird.

Beim feierlichen Festakt unterstrich Verkehrsministerin Doris Bures im Beisein von EU-Vertretern sowie den Landeshauptmännern Steiermarks und Kärntens die wirtschaftliche Notwendigkeit des Großprojekts: „Die Südstrecke ist eine der wichtigsten Verbindungen in Österreich und eine wichtige europäische Achse.“ Die Koralmbahn mit dem Koralmtunnel sei ein „Herzstück“ dieser Strecke, betonte Bures. Sie ist Teil der Baltisch-Adriatischen Achse, die über einen Weg von 1.700 Kilometern von Danzig über Warschau und Wien/Bratislava nach Triest, Venedig und

Bologna die Ostsee mit dem Mittelmeer verbindet. In den Regionen entlang dieser Achse leben etwa 40 Millionen Menschen. „Hier haben wir ein enormes Potenzial sowohl für den Personenverkehr, als auch für den Güterverkehr“, machte Bures klar.

Wirtschaftsstandort profitiert

Auch für Steiermark und Kärnten bedeutet die Koralmbahn entlang dieser Achse einen enormen Standortvorteil. Bei Fertigstellung 2022 wird sie die Landeshauptstädte Graz und Klagenfurt in einer Stunde Fahrtzeit (statt bisher drei) verbinden. Steiermarks Landeshauptmann Franz Voves zeigte sich entsprechend erfreut, dass nun der Spa-



Verkehrsministerin Doris Bures mit den Landeshauptleuten Franz Voves (rechts) und Dörfler (links) nach dem Spatenstich.

tenstich erfolgte: „Damit steht endgültig fest, dass dieses für den Wirtschaftsstandort Steiermark, aber auch für die europäische Verkehrsachse so wichtige Projekt unumstößlich gebaut wird.“ ♦

picturedesk

WIEN

Bernhard Häupl ist neuer Jugendkoordinator



Durch verstärkten direkten Kontakt will Häupl die Arbeit der SPÖ für Jugendliche greif- und erlebbar machen.

„Das Wichtigste ist für mich, mit Hilfe meines Teams von ehrenamtlichen Jungen Roten Ansprechpartner jungen Menschen zu sein – ob bei Job, Ausbildung, Bildung oder auch bei der Freizeitgestaltung“, so Häupl. Der 22-jährige Sohn des Wiener Bürgermeisters arbeitete bereits an der Seite seines Vorgängers Peko Baxant im Jugendkoordinationsbüro und

ist in der Jungen Generation in Rudolfsheim-Fünfhaus engagiert. Ein zentrales Anliegen ist für Häupl, die Arbeit der Jungen Roten zu einem festen Bestandteil der Jugendkultur in Wien zu machen: „Überall dort, wo es die jungen Menschen hinzieht, möchten wir sie begleiten und ein Teil ihres Lebensgefühls werden.“ ♦

Bernhard Häupl kann bereits auf viel Erfahrung in der Jugendarbeit der SPÖ zurückblicken.



Schedl

NIEDERÖSTERREICH

Lehrlingsworkshops für sicheres Internet



Der Konsumentenschutz NÖ startet Schulungen für Lehrlinge für den sicheren Umgang mit Internet und modernen Medien.

Konsumentenschutzreferent LH-Stv. Sepp Leitner überzeugte sich in der Voest Alpine Traisen persönlich vom regen Interesse der Jugendlichen an den Workshops. Der Anteil von Kindern und Jugendlichen, die bereits mit Online-Risiken konfrontiert wurden, liegt mit mehr als 45 Prozent erstaunlich hoch. „Daher ist es wichtig, mittels Informationskampagnen die Eltern für die Art der Risiken, denen Kinder

online begegnen können, zu sensibilisieren“, so Leitner. Hauptsächlich gilt es aber, die Verantwortungsbereitschaft der Kinder und Jugendlichen zu fördern und ihre Widerstandsfähigkeit zu stärken, um für die Gefahren im Internet gewappnet zu sein. ♦

Konsumentenschutzreferent LH-Stv. Sepp Leitner weist auf die Risiken für Kinder und Jugendliche bei der Nutzung des Internet hin.



Zinner

SALZBURG

1. Bürgergespräch war voller Erfolg



Das erste Bürgergespräch über „Ein gerechtes Salzburg“ in Bürmoos hat über 100 Teilnehmer angelockt.

„Die hohe Besucherzahl zeigt mir, wie wichtig der direkte Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern ist“, zieht LH-Stv. David Brenner ein positives Fazit.

Ziel der Bürgergespräche ist es, „den Bürgerinnen und Bürgern zuzuhören, in Lösungen zu denken und Raum zu schaffen für offene Diskussionen“, so Brenner, der Politik als „Dienstleistung für die Menschen“ versteht. In seinem Vortrag, dem eine rege Diskussion mit den Bürgern folgte, berichtete er über die Investitionspolitik Salzburgs. Das Land setzt auf Investitionen in die Zukunft, insbesondere in den Bereichen Soziales und Gesundheit. „Allein für den Flachgau sind bis 2014 106 Mio. Euro an Investitionen

vorgesehen. Damit werden mehr als 1.000 Arbeitsplätze nachhaltig gesichert“, betonte Brenner. Salzburg investiert viel in regionale Projekte, etwa Umfahrungen und Krankenhäuser, um die lokale Wirtschaft anzukurbeln. Darüber hinaus nimmt das Land Salzburg für das mittelfristige Investitionsprogramm der Salzburger Lokalbahn mehr als 9,3 Millionen Euro in die Hand – ein „wichtiges Signal“ für die Lokalbahn-Pendler.

Zehn Bürgergespräche

Landeshauptfrau Gabi Burgstaller und LH-Stv. David Brenner laden die Salzburgerinnen und Salzburger bis zum Sommer zu zehn Bürgergesprächen im gesamten Bundesland ein. „Durch die zahlreichen direkten Rückmeldungen können wir unsere politische Arbeit konkret verbessern“, erwartet Brenner viele weitere Inputs bei



LH Gabi Burgstaller und LH-Stv. David Brenner suchen das Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern Salzburgs.

den folgenden Bürgergesprächen. Das zweite Bürgergespräch mit Landeshauptfrau Gabi Burgstaller findet am 5. April in Grödig statt. Weitere Infos unter www.facebook.com/buergergespraeche. ♦

KÄRNTEN

Auf dem Fußballplatz sind alle gleich



„Fußball verbindet und überwindet Grenzen!“ So fasste LH-Stv. Peter Kaiser zusammen, was er beim Besuch eines ganz besonderen Fußballturniers in St. Veit, den 10. Integrations-Meisterschaften, erlebte.

Bereits zum zehnten Mal gingen Ballkünstler aus allen Bereichen der Gesellschaft bei den Kärntner Integrations-Meisterschaften auf die Jagd nach dem runden Leder. Die Mannschaften bildeten u.a. Obdachlose, Asylanten, Streetworker und Süchtige. Der Vorsitzende der SPÖ Kärnten, Gesundheitsreferent LH-Stv. Peter Kaiser, der die Spieler bei seinem Besuch lautstark anfeuerte, ist begeistert. „Dieses Turnier ist eine hervorragende Idee. Unsere Gesellschaft braucht wieder mehr Solidarität und mehr Verständnis für andere Menschen. Dieses Fußballturnier macht vor, wie es geht, denn am Fußballfeld gibt es keine sozialen Unterschiede“, so Kaiser. ♦

SPÖ Kärnten



LH-Stv. Kaiser gratuliert AVESTA Klagenfurt in den gelb-blauen Trikots zum Sieg und FC Kabul Villach in den dunklen Trikots zum zweiten Platz. (Den dritten Platz machte ABS Klagenfurt.)

TIROL

SPÖ vertieft Beziehungen zur SPD in Bayern



Bei einem Treffen der SPÖ Tirol mit den bayrischen Genossen standen der Brennerbasistunnel und der Atomausstieg im Mittelpunkt.

„Die Sozialdemokratie hat sich immer sehr stark dadurch ausgezeichnet, dass sie über die Grenzen hinweg kooperiert hat und für alle Menschen gleichermaßen aktiv war“, sagten Landesparteivorsitzender Hannes Gschwentner und SPÖ-Klubobmann Hans-Peter Bock anlässlich des Treffens mit der SPD Bayern. Diskutiert wurde etwa die europaweite Initiative von Bundeskanzler Werner Faymann und SPD-Vorsitzendem Sigmar Gabriel für einen Ausstieg aus der Atomenergie. „Bayern ist ein großer Player in Deutschland und ein wichtiger Partner für Tirol. Die Beziehungen zu festigen, hat einen großen Nutzen für alle“, so Bock und Gschwentner. ♦

SPÖ Tirol



Landesparteivorsitzender Hannes Gschwentner (3. v.l.) und Klubobmann Hans-Peter Bock (4. v.r.) diskutierten mit den bayrischen Genossen über grenzübergreifende Themen.



Die bewegte Schule

Der Sport in der Schule ist ein unverzichtbarer Fitmacher, der auch das Lernen nachhaltiger macht. Ziel muss daher die bewegte Schule in allen Schulformen sein.

„Bewegung im Unterricht und in der Ganztagsbetreuung macht das Lernen nachhaltiger – denn Bewegung entspannt und spricht alle Sinne an.“



Fotolia

Macht Spaß, bringt Abwechslung und hält fit: Die Bedeutung des Schulsports kann gar nicht hoch genug geschätzt werden.

Schulsport leistet einen wichtigen Beitrag zur ganzheitlichen Persönlichkeitserziehung. Er soll bei den

Kindern und Jugendlichen die Freude an der Bewegung ebenso fördern wie das Interesse am Gemeinschaftserlebnis Sport. Der Schulsport hat positive Effekte auf die körperliche, soziale und geistige Entwicklung, aber auch auf Fertigkeiten wie Fairness, Toleranz, Teamgeist und Leistungsbereitschaft. Regelmäßige Bewegung in jungen Jahren soll motivieren, bis ins hohe Alter Sport zu betreiben.

Gesunde Bewegung

Die moderne Schule muss mehr als nur Wissen vermitteln. Werden junge Menschen in ihrer gesamten Persönlichkeit gefordert und gefördert, lernen sie Wertvolles für ihr Leben. Genau dieser Grundsatz muss auch für den Sport in der Schule gelten, um nachhaltig zu wirken. Je früher Bewegung als Chance gesehen wird umso besser – das zeigt der große Erfolg des Projekts „Kinder gesund bewegen“, das auf Initiative des Sportministeriums 2009 in Kindergärten und Volksschulen gestartet wurde. Bewegung in der Schule darf nicht nur der Initiative mehr oder weniger aktiver Lehrerinnen und Lehrer überlassen werden, sondern muss fixer und spürbarer Bestandteil der Stundenpläne sein. Nur wenn spannende Inhalte vermehrt in die Lehrpläne Einzug finden, wird

Schulsport als interessant und sinnvoll empfunden.

Freude und Motivation durch Schulsport

Unser Ziel ist die bewegte Schule in allen Schulformen. Der schulische Alltag ist mehr als Stillsitzen – die Sportstunden werden um alters- und bedürfnisgerecht platzierte kurze Bewegungspausen im Unterricht, um bewegungsaktive Pausen und um ein vielfältiges Angebot außerschulischer Bewegung ergänzt. Die Eltern leisten einen aktiven Beitrag, indem sie auf genügend Bewegung und eine gesunde Ernährung ihrer Kinder achten. Der Schulsport vermittelt allen Freude und Motivation. Und es gibt ausreichend Angebote an Schulen mit sportlichem Schwerpunkt und adaptierte Schulsport-Wettkämpfe als Basis von Sportlerkarrieren. Denn Topsportler sind positive Botschafter unseres Landes und Idole für alle anderen – dieser wertschöpfende Kreislauf ist für das Sportland Österreich lebensnotwendig. ♦

Hermann Krist ist seit 2002 Nationalratsabgeordneter und seit 2008 Sportsprecher der SPÖ.

Zukunftsdiskurse – Termine

Mittwoch, 6. 4. – Tirol

Zukunftsdiskurs Bildung zu „PädagogInnenbildung Neu“ mit u.a. Bildungsministerin Claudia Schmied und dem ehem. SPÖ-Bildungssprecher Erwin Niederwieser. 19 Uhr, Innsbruck, Pädagogische Hochschule, Pastorstraße 7

Donnerstag, 7. 4. – Vorarlberg

Zukunftsdiskurs Bildung zu „Die Hausaufgaben der Bildungspolitik“ mit u.a. Ministerin Claudia Schmied, SPÖ-Vbg-Vorsitzenden Michael Ritsch und SP-Bildungssprecher Elmar Mayer.

19 Uhr, Bregenz, „Magazin 4“, Bergmannstr. 6. Anmeldung unter laendle@spoe.at

Montag, 11. 4. – Niederösterreich

Zukunftsdiskurs Bildung zur Neuen Mittelschule mit u.a. Ministerin Claudia Schmied, SP-NÖ-Vorsitzenden, LH-Stv. Sepp Leitner, SPÖ-Abgeordneten Hannes Weninger und Dir.in Silvia Weginger.

19 Uhr, Jubiläumshalle Biedermannsdorf, Siegfried-Ludwig-Platz 1. Anmeldung unter moedling@spoe.at

Dienstag, 12. 4. – Burgenland

Zukunftsdiskurs Bildung mit Ministerin

Claudia Schmied, Landesrätin Verena Dunst, Dir.in Johanna Schwarz u.a. 18 Uhr, Rotes Haus Eisenstadt, Permayerstraße 2. Anmeldung unter

tamara.zsoldos@spoe.at

Donnerstag, 7. 4. – Kärnten

„Österreich 2020“-Zukunftsdiskurs Gesundheit mit Gesundheitsminister Alois Stöger, Gesundheitsreferent, LH-Stv. Peter Kaiser und Prim. Dietmar Geissler zu „Perspektiven im Gesundheitswesen“.

17.30 Uhr, Klagenfurt, Gesundheits- und Krankenpflegeschule, St. Veiter Straße 47 ♦

TERMINKALENDER

Donnerstag, 7. 4.

Vortrag: „Democracy Reloaded – Democracy and Dissatisfaction“

Vortrag von Ivan Krastev (Centre for Liberation Strategies, Sofia). Krastev analysiert und hinterfragt die gängigsten demokratiepolitischen Argumente wie den Zusammenhang von Demokratie und Wohlstand oder Demokratie und Frieden. Er versucht nachzuweisen, dass Demokratie im heutigen Zeitalter – im Gegensatz zu autokratischen Strukturen – ein Instrumentarium bietet, um öffentliche Unzufriedenheit zu kanalisieren.

Moderation und Einleitung: Isolde Charim

Anmeldung: kreiskyforum@kreisky.org

Beginn: 19 Uhr

Bruno Kreisky Forum

für internationalen Dialog

Armbrustergasse 15, 1190 Wien

Freitag, 8. 4.

Vortrag: „Crisis and Decline in the US Economy: The Global Implications“

Der US-amerikanische Ökonom Richard D. Wolff, Lehrender an verschiedenen US-Universitäten, entwickelt seit den 80er-Jahren einen undogmatischen Ansatz postmarxistischer Wirtschaftstheorie der eine zeitgemäße Klassenanalyse unter den Bedingungen der Globalisierung in den Mittelpunkt stellt. Er beschäftigte sich auch mit den Ursachen und Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Es moderiert Erich Fröschl vom Renner-Institut. Anmeldung: post@renner-institut.at

Beginn: 18 Uhr

Renner-Institut, Europa-Saal

Oswaldgasse 69,

1120 Wien

Montag, 11. 4.

Diskussion: „Österreich Morgen. Welche Gesellschaft wollen wir?“

Nationalratspräsidentin Barbara Prammer lädt zu einem Vortrag und einer Diskussionsveranstaltung im Parlament, die sich mit den Auswirkungen der demografischen Verschiebungen und zunehmenden Wanderungsströmungen befasst. Was bedeutet der bevorstehende Alterungsschub für die österreichische Gesellschaft? Wie geht die österreichische Bevölkerung mit dem steigenden Migrationsdruck um? Das Impulsreferat zum Thema „Österreichs Menschen 2030“ hält Wolfgang Lutz, Direktor des Wiener Instituts für Demografie, Österr. Akademie der Wissenschaften. An der anschließenden Publikumsdiskussion nehmen SPÖ-Abgeordnete Elisabeth Hakel, ÖVP-Abgeordnete Gabriele Tamandl, Anneliese Kitzmüller von der FPÖ und Grünen-Abgeordneter Karl Öllinger teil. Moderiert wird die Veranstaltung von der Journalistin Anneliese Rohrer.

Anmeldung: Eine verbindliche Anmeldung ist erforderlich. Bis spätestens 4. April unter: veranstaltungen08@parlament.gv.at

Beginn: 18 Uhr

Parlament, Zentraleingang,

Dr. Karl Renner Ring 3,

1010 Wien

Dienstag, 12. 4.

Lesung im Burgtheater

Der israelische Autor David Grossmann liest im Burgtheater in hebräischer Sprache aus seinen Büchern „Eine Frau flieht vor einer Nachricht“ und „Die Kraft zur Korrektur. Über Politik und Literatur“. Die deutsche Übersetzung liest Elisabeth Orth. Das Gespräch mit



picturedesk

David Grossmann

dem Autor führt Danielle Spera, Direktorin des Jüdischen Museums Wien, das die Lesung gemeinsam mit Burgtheater, Kreisky-Forum für internationalen Dialog und Israelitischer Kulturgemeinde veranstaltet. Karten bei den Bundestheatern.

Beginn: 20 Uhr

Burgtheater

1010 Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:

SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18,

Chefredakteur: Mag. Thomas Geiblinger,

Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler,

Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel,

Mag^a Alexandra Hopf, Mag^a Birgit Jung,

Philipp Lindner, Michael Sifkovits,

Mag^a Sophia Schönecker, Matthias Schulz,

Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber

Bildredaktion: Emil Goldberg

Layout: Thomas Lehmann

Coverfoto: Thomas Jantzen

Bildbearbeitung: Max Stohanzl

Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275

Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels &

Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97

Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt,

E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at

Einzelpreis: 0,73 Euro; Abo: 23 Euro

NET NEWS

www.oe2020.at

Österreich 2020 Zukunftsdiskurse Bildung

Österreich2020 setzt in den nächsten Wochen einen Schwerpunkt auf den Bereich Bildung. Dabei wird Bundesministerin Claudia Schmied in ganz Österreich Podiumsdiskussionen zur Bildungspolitik besuchen und mit interessierten Menschen diskutieren. 2010 wurden die Bildungstalks von Friedrich Graf-Götz (Renner-Institut) moderiert, er begleitet Claudia Schmied auch 2011 beim Österreich

2020 Zukunftsdiskurs. Auf www.oe2020.at beschreibt er seine Erfahrungen und fasst die inhaltlichen Diskussionen kurz zusammen.

Alle Veranstaltungstermine in den Bundesländern für das Jahr 2011 sind auf oe2020.at/home/veranstaltungen zu finden. Der Auftakt zur Veranstaltungsreihe fand in Bruck/Mur in der Steiermark statt, die Nachlese ist bereits online abrufbar. ♦





Im Dialog

Am Tag vor dem EU-Gipfel in Brüssel traf Bundeskanzler Werner Faymann EU-Ratspräsidenten Herman Van Rompuy. In den Gesprächen unterstrich der Kanzler erneut die Forderungen Österreichs nach einem europaweiten Atomausstieg und der Einführung einer Finanztransaktionssteuer.

Im Interview

Die Schülerinnen und Schüler der Wiener Hauptschule Knöllgasse drängten sich in die Demokratiewerkstatt des Parlaments. Kein Wunder, schließlich hat man als Nachwuchsreporter nicht alle Tage die Möglichkeit, Gesundheitsminister Alois Stöger zu interviewen.



In Bau

Bildungsministerin Claudia Schmied hat vor kurzem u.a. mit dem Trauner Bürgermeister Harald Seidl (ganz rechts) und dem oberösterreichischen Landeshauptmann Pühringer den Spatenstich für den Neubau der HTL Traun vorgenommen. Der Bau soll bis 2012 fertig gestellt sein.

Im Bürgerinteresse

Mit dem Verwaltungspreis 2011 in der Kategorie „BürgerInnenmitwirkung“ hat Beamtinnenministerin Gabriele Heinisch-Hosek das Projekt „Jugend und Politik“ ausgezeichnet. Entgegen genommen wurde der Preis u.a. von der Leiterin des „aha“-Jugendinformationszentrums Vorarlberg Julia Moosmann (Bildmitte).

